



HESSISCHER LANDTAG

10. 09. 2021

Kleine Anfrage

Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE) vom 22.07.2021

Blend- und Schockschläge

und

Antwort

Minister des Innern und für Sport

Vorbemerkung Fragesteller:

Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte berichten, dass Polizeibeamte bei Festnahmen Schläge anwenden, die als „Blend- und Schockschläge“ bezeichnet werden.

Diese Vorbemerkung des Fragestellers vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Welche Regelungen (Erlasse, Anweisungen etc.) gibt es bzgl. der Anwendung von Blend- oder Schockschlägen?
Ist die Anwendung von Blend- oder Schockschlägen für alle Körperteile freigegeben?

Im einsatztaktischen Repertoire der Polizei sind sogenannte Blend- oder Schockschläge physische Vorbereitungs- bzw. Ablenkungstechniken, die etwa bei Festnahmen zum Einsatz kommen können, wenn die Situation dies erfordert. Polizeivollzugsbeamte können diese Techniken bei Bedarf nutzen, um z.B. durch das Wischen mit der flachen Hand durch das Gesicht oder den Schlag auf eine große Muskelgruppe eine kurzfristige Sichtbehinderung bzw. Ablenkung („Schrecksekunde“) zu erzeugen. Hierdurch können Folgemaßnahmen (z.B. Fesselung, Festnahme) vorbereitet werden, die ansonsten nicht oder nur mit noch eingriffsintensiveren Mitteln durchgesetzt werden könnten.

Bei Blend- und Schockschlägen handelt es sich um unmittelbaren Zwang gem. § 52 HSOG und sie unterliegen den gesetzlichen Regelungen zur Ausübung des unmittelbaren Zwanges gem. den §§ 54 ff. HSOG sowie den Bestimmungen der VVHSOG. Die Anwendung erfolgt im konkreten Einzelfall stets unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit gem. § 4 HSOG.

Frage 2. Gehören Blend- oder Schockschläge zur Aus- und/oder Fortbildungspraxis im polizeilichen Einsatztraining?
Wenn ja, in welchen Bereichen oder für welche Einheiten?

Blend- und Schockschläge sind Bestandteil des polizeilichen Einsatztrainings in der Aus- und Fortbildung und werden im Zusammenhang mit Techniken wie z.B. dem „zu Boden Bringen“ vermittelt. Eine Beschränkung auf einen bestimmten Bereich oder bestimmte Einheiten der hessischen Polizei ist nicht gegeben.

Frage 3. Wie häufig werden Blend- oder Schockschläge angewendet und welche Dokumentationen zu den Verletzungen durch „Blend- oder Schockschläge“ sind der Landesregierung bekannt?

Statistische Daten hinsichtlich der Anwendung unmittelbaren Zwanges werden nur in Verbindung mit dem Einsatz von Schusswaffen erhoben.

Frage 4. Wurden in den vergangenen fünf Jahren aufgrund von Verletzungen nach dem Einsatz von Blend- oder Schockschlägen Ermittlungs- oder Disziplinarverfahren eingeleitet und wenn ja in wieviel Fällen und mit welchem Ergebnis?

Wie bereits im Rahmen der Beantwortung zur Frage 3 dargelegt, werden keine statistischen Daten zum Einsatz von Blend- und Schockschlägen erhoben. Eine validierbare Auswertung der Einzelfälle im Sinne der Fragestellung für den Polizeibereich ist nicht möglich.

Frage 5. Wie ist der dienstliche zur Verfügung gestellte Einsatzhandschuh allgemein und bei sog. „Beweissicherung- und Festnahmeeinheiten“ speziell aufgebaut (Material, Polsterung, Gewicht etc.)?

Der Einsatzhandschuh ist ein Lederhandschuh mit hydrophoben, oleophoben und flammhemmenden Eigenschaften. Die Protektoren zum Schutz der Fingerglieder und des Handrückens bestehen aus Zellgummi. In der Größe 10 wiegt ein solcher Handschuh 273 g.

Ein gesonderter Handschuh für Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten wird nicht zur Verfügung gestellt.

Frage 6. Ist der Landesregierung bekannt, dass dienstliche Einsatzhandschuhe durch private Anschaffungen ersetzt oder ergänzt werden?

Wenn ja, welche Vorgaben gibt es bzgl. der privaten Beschaffung?

Unterliegen diese beispielsweise den DIN-Normen für Dienstkleidung?

Der Landesregierung ist nicht bekannt, dass Einsatzhandschuhe durch private Anschaffungen ersetzt bzw. ergänzt werden.

Gemäß § 54 HBG i.V.m. der aktuell gültigen Verwaltungsvorschrift über die Dienstbekleidung der hessischen Polizei und andere mit der Dienstbekleidung im Zusammenhang stehende Regelungen (VV-Dienstbekleidung) tragen die Polizeibediensteten grundsätzlich die ihnen zur Verfügung gestellte Dienstbekleidung.

Den Bediensteten ist es gestattet, z.B. aus medizinischen oder aus sonstigen Gründen im Erlasswege vorgegebenen Ausnahmen, anstelle der in der VV-Dienstbekleidung festgelegten Bekleidungsstücke andere, der Funktionalität entsprechende Bekleidungsstücke selbst zu erwerben (Eigenbeschaffung). Bei Anträgen auf Erstattungen von Eigenbeschaffungen, die beim HPT eingehen, wird die Beachtung der Vorgaben der technischen Leistungsbeschreibung geprüft.

Wiesbaden, 24. August 2021

In Vertretung:
Dr. Stefan Heck